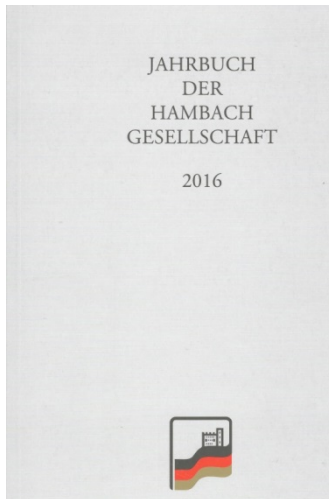


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

Hambach-Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung (Hrsg.): Jahrbuch der Hambach Gesellschaft 2016.

Neustadt an der Weinstraße, 2016, 211 S., ISSN: 0936-501X



Die 23. Auflage des Jahrbuchs der Hambach-Gesellschaft wartet mit zwei Neuerungen auf. Erstens hat der Band ein etwas anderes Layout erhalten, zudem erfolgt die Einteilung der Beiträge in Aufsätze sowie in ein Forum. In dieser Kategorie sollen besonders pointierte Ausführungen platziert werden, mittels derer die wissenschaftliche Diskussion befruchtet werden soll.

Unter den Aufsätzen findet sich neben einem Forschungsbericht von Tobias Hirschmüller „Zur regionalgeschichtlichen Forschung in Deutschland zum Ersten Weltkrieg im Erinnerungsjahr 2014“ (S. 97-126) ein biographischer Schwerpunkt: So stellt Birgit Bublies-Godau den Demokraten Jakob Venedey (S. 11-48) vor, Marc Schieren beleuchtet Leben und Werk des Verfassungsrichters Gerhard Leibholz (S. 127-162).

Henning Türk beschäftigt sich in seinen Ausführungen mit der Entwicklung der politischen Strömungen in der Pfalz zwischen dem Ausgang der Revolution 1849 und den Zollparlamentswahlen 1868 (S. 49-71): Während die Pfalz 1848/49 ausschließlich demokratisch und großdeutsch gesinnte Abgeordnete in die Paulskirche entsandte, setzten sich zwanzig Jahre später bei den Zollparlamentswahlen fast nur Kandidaten durch, die eine nationalliberal und zugleich kleindeutsche Richtung verfochten. Wie konnte es zu einem derartigen Umschlag in der politischen Haltung der Bevölkerung kommen? Gab es etwa schon 1849 Sympathien für Preußen, wie haben die Anhänger einer kleindeutschen Lösung während des Untersuchungszeitraums ihre Interessen verfochten? Dieser Frage geht Türk anhand des Lebenslaufes des bayerischen Landtags- und späteren Reichstagsabgeordneten Ludwig Andreas Jordan nach.

Schon 1849 hatte Jordan in der bayerischen Kammer die Regierung dazu aufgefordert, die Unionspolitik zu unterstützen, d. h. den Versuch Preußens, eine Reichseinigung unter konservativen Vorzeichen herbeizuführen. Damit stieß er bei der Regierung auf keine Resonanz, obwohl Stimmungsberichte schon 1849 bei den Weinbauern der Vorderpfalz Sympathien für Preußen konstatierten – verkauften doch diese ihr Produkt im Norden des Zollvereinsgebietes.

Während es in der Reaktionsdekade für Jordan wenig Möglichkeiten gab, politisch für eine kleindeutsche Einigung einzutreten, so ergaben sich bessere Chancen auf wirtschaftlichem Gebiet. Türk belegt dies anhand der Berichte der pfälzischen Handelskammer. Diese vertrat einen freihändlerischen Standpunkt und befürwortete 1863 mit Nachdruck den Beitritt Bayerns zum Freihandelsvertrag zwischen Frankreich und Preußen. Dagegen lehnte die pfälzische Handelskammer eine wirtschaftspolitische Abschließung durch Zollmauern, wie sie Österreich aufgrund seiner gegenüber Preußen rückständigen Wirtschaft benötigte, strikt ab. Da Preußen die Verlängerung des Zollvereins vom Beitritt zum besagten Handelsvertrag abhängig machte, wurde dieser Schritt von den süddeutschen Regierungen letztlich vollzogen, allerdings durchaus zum Bedauern der anderen bayerischen Handelskammern, die

Modifikationen des Vertrags bzw. eine stärkere Berücksichtigung Österreichs gewünscht hatten.

Mit Beginn der „Neuen Ära“ konnte Jordan in der bayerischen Kammer wieder stärker für innenpolitische Reformen einerseits und für die Zusammenarbeit mit Preußen andererseits eintreten. Aufgrund des preußischen Heeres- und Verfassungskonfliktes und dem Verfassungsbruch Bismarcks war diese Position zunächst nicht populär. Nur mit Mühe gelang es Jordan, bei den Anhängern der Fortschrittspartei in der Pfalz eine öffentliche Brückierung Preußens zu vermeiden. Überaus eingehend schildert Türk die Bemühungen Bassermanns um einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Abgeordneten liberaler Prägungen der bayerischen Kammer. In den innenpolitischen Zielen herrschte Einigkeit, Differenzen gab es aber immer wieder im Hinblick auf die Stellung zu Preußen. Während des deutschen Bruderkrieges 1866 herrschte gerade in der Pfalz die große Furcht, Preußen könne das Land zum Verhandlungsobjekt machen, der schnelle Sieg Preußens brachte jedoch den vollständigen Stimmungsumschwung zugunsten der Anhänger der kleindeutschen Lösung. Nunmehr war klar, dass Preußen diejenige Macht darstellte, die Schutz vor einem etwaigen französischen Ausgreifen in die Pfalz darstellte. Zusammen mit den wirtschaftlichen Vorteilen des Zollvereins bedeutete diese Sicherheit längerfristig das Übergewicht einer nationalliberal propreußischen Richtung, das sich 1868 bei den Zollparlamentswahlen erstmals manifestierte.

In der Rubrik Forum legt Michael Parak „Ein geschichtspolitisches Plädoyer“ für „mehr Erinnerungsstätten der Demokratiegeschichte“ vor (S. 165-187), daran anschließend folgen die Ausführungen von Bernd Braun aus Anlass des 200. Geburtstages von Ernst Elsenhans (S. 189-209). An Otto v. Bismarck, so Braun, wird heute noch intensiv erinnert - seine Politik löste drei Einigungskriege aus, die „rund 200.000 Menschen das Leben (kosteten), von den Verwundeten und lebenslang Behinderten gar nicht zu reden“ (S. 199). Dagegen wird an einen Vorkämpfer für die Demokratie wie Elsenhans, der wie Bismarck 1815 geboren wurde, kaum erinnert, ja das Gedenken an seine Person z. T. bewusst verzerrt. Braun schildert zunächst den Lebensweg von Elsenhans. Dieser war der Sohn des Feuerbacher Schultheißen Johannes Elsenhans. Gelang es Johannes Elsenhans, als Schultheiß erfolgreich für seine Gemeinde zu wirken, so fehlten angesichts von 13 Kindern die Möglichkeiten für eine akademische Ausbildung für den Sohn Ernst. Da schon ein älterer Bruder Theologie studierte, wurde Ernst Elsenhans 1835-1840 Chirurg beim württembergischen Militär. Anschließend war er als Hauslehrer in der Schweiz tätig. Offensichtlich sprach er recht gut Englisch und Französisch, dies kam auch in der Übersetzung englischsprachiger Romane ins Deutsche zum Ausdruck. Vor allem aber war Ernst Elsenhans ab 1842 in Mannheim für die radikale „Mannheimer Abendzeitung“ als Redakteur tätig, ab 1847 ist er in Heidelberg anzutreffen, dort schrieb er ab dem 1. April 1842 für „Die Republik“. Die hier veröffentlichten Artikel brachten ihm eine Anklage u. a. „wegen Anstiftung zum Hochverrat“ (S. 194) ein. Im Oktober 1848 erfolgte die Verurteilung zu einer Haftstrafe von acht Monaten.

Im Zuge der Mairevolution wurde Elsenhans aus dem Gefängnis Kislau befreit und arbeitete nun für die Revolutionsregierung als Sekretär im Kriegsministerium. Während jedoch Kriegsminister Maximilian Werner in die Schweiz und später in die Vereinigten Staaten entfliehen konnte, „blieb Ernst Elsenhans sozusagen in Rastatt hängen“ (S. 195). Im belagerten Rastatt war er Redakteur des „Festungs-Boten“ und Begründer des „Clubs des entschiedensten Fortschrittes“. Dieser trat ein für „das Festhalten an der sozialen Demokratie, sodann an den Interessen des Humanismus, des weitem und engern Vaterlandes in politischer Beziehung und an der Lage der Festung insbesondere“ (S. 196). Mit Nachdruck betont Braun, bei diesem Club habe es sich nicht, wie teilweise in der Literatur behauptet, um einen Wohlfahrtsausschuss gehandelt, der gleichsam ein neues Terrorregime habe errichten wollen, vielmehr sei es diesem Verein lediglich um „eine ehrenvolle Übergabe der Festung Rastatt“ (S. 197) gegangen. Genauso verteidigt Braun Elsenhans gegenüber dem Vorwurf, Elsenhans habe durch seine Artikel im „Festungs-Boten“ einen regelrechten Terrorismus befürwortet. Zwar sprach Elsenhans von „der Schärfe des Schwertes“, „alles opfern“ und

„Terrorismus“ (S. 197). Diese Worte waren jedoch nichts anderes „als ein aus der tiefen Verzweiflung über die aussichtslose Lage geborener Appell, standhaft zu bleiben“ (S. 197). Kurz nach dem Erscheinen des betreffenden Artikels kapitulierte die Festung Rastatt. Elsenhans wurde nunmehr durch ein preußisches Standgericht zum Tode verurteilt. Braun zeigt auf, dass das gesamte Verfahren ohne Berücksichtigung rechtsstaatlicher Prinzipien erfolgte, auch ist ein Todesurteil unverständlich, da Elsenhans als Zivilist nicht an Kampfhandlungen teilnahm. Die Exekution muss schließlich als nahezu bestialisch bezeichnet werden.

Die Brutalität im Vorgehen gegen Elsenhans ist nach Braun nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass Elsenhans nicht nur für „eine liberal verfasste Republik“ (S. 201) eintrat, sondern bei ihm auch frühsozialistisches Gedankengut eine wesentliche Rolle spielte. So war Elsenhans der Überzeugung, „dass eine Teilhabe aller Bürger am demokratischen Prozess nur möglich ist, wenn die sozialen Gegensätze innerhalb einer Gesellschaft nicht zu weit auseinanderklaffen“ (S. 203). In gleicher Weise trat Elsenhans gegen Eroberungskriege ein und sprach in seinen Artikeln Soldaten das Recht zu, Befehle zu verweigern, wenn diese rechtswidrig waren.

In vielerlei Hinsicht, so die Bilanz von Braun, ist Elsenhans ein Vordenker eines Demokratie-modells, wie wir es heute in der Bundesrepublik haben. Bedauerlicherweise ist es jedoch – Braun zeigt dies am Beispiel einer gescheiterten Schulbenennung in Rastatt auf – immer noch schwer, an Menschen wie Elsenhans zu erinnern, die in ihrer Zeit politisch weit links standen und zudem noch Atheisten waren.

Die Autoren legen einen lesenswerten Sammelband vor; die Zeitschrift wird ihrem Anspruch, die historische Forschungsdiskussion weiter voranzutreiben, ohne Zweifel gerecht.

Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net